Reichstagsrede

des

Reichstagsabgeordneten Aug. Bebel

gehalten am 28. November 1891

bei Berathung des Reichshaushaltsetat 1892/93.

Nach dem stenographischen Bericht.



Verlag von J. Heine, Ottensen.

Vizepräsident Graf von Ballestrem: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bebel.

Abgeordneter Bebel: Meine Herren, vor Wiederbeginn der Session wurde in einem Theil der deutschen Presse dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß wir es diesmal mit einer fortlaufenden Session und nicht mit dem Beginn einer neuen zu thun haben, weil dann sicher eine Thronrede gehalten worden wäre, die uns die gewünschten Aufschlüsse über verschiedene Fragen gegeben haben würde. Ich bekenne, daß ich meinerseits die Thronrede nicht vermißt habe, und zwar aus verschiedenen Gründen. Zunächst sind Thronreden an und für sich außerordentlich vorsichtig abgefaßt und zwar um so vorsichtiger, je kritischer die Lage ist, in der sie gehalten werden. Wir haben noch immer erfahren, daß unsere Thronreden deshalb, ich möchte sagen, stereotyp*) in Bezug auf äußere Verhältnisse dahin lauteten: es trübt kein Wölkchen den politischen Horizont; wir haben Aussicht, noch auf eine unbestimmte Zeit den Frieden zu behalten. Das ist ungefähr auch Dasjenige, was uns gestern der Herr Reichskanzler als den Grundton seiner Rede vorgeführt hat.

Aber wir können auch um so mehr auf eine Thronrede verzichten, als die leitenden Staatsmänner derjenigen Staaten, die vorläufig den Dreibund bilden, unmittelbar vor dem Wiederbeginn unserer Session oder in den ersten Tagen derselben, jeder an seiner Stelle, Veranlassung genommen haben, ihrerseits ihre Meinung über die auswärtige Lage der einzelnen Staaten darzulegen. Ich erinnere hier an die Rede, die der Herr Reichskanzler in Osnabrück vor einigen Wochen gehalten; ich erinnere weiter an eine Rede seines italienischen Kollegen Rudini und endlich an die in den letzten Tagen der letzten Woche gehaltene Rede des Herrn von Kalnoky in den österreichischen Delegationen**). Allerdings scheint mir, daß die Anschauungen, die diese drei leitenden Staatsmänner der Staaten des Dreibundes bei dieser Gelegenheit kund gethan haben, nicht völlig

*) Unveränderlich.
**) Abgeordneten-Ausschüsse.

übereinstimmen. Insbesondere sind es die Aeußerungen des Herrn von Kalnoky, die nach einer wesentlichen Richtung hin anders lauten als diejenigen, die der deutsche Reichskanzler gestern hier geäußert, und denen er auch in Osnabrück Ausdruck gegeben hat. Herr von Kalnoky sieht in die Zukunft weit trüber, als der deutsche Reichskanzler. Ihm machen die fortgesetzten Rüstungen bange. Gleich seinem Kaiser ist er der Meinung, es sei endlich an der Zeit, daß die europäischen Völker in die Lage versetzt würden, den Rüstungen ein Ende zu machen. Aber der Kaiser von Oesterreich wie Herr von Kalnoky sind dennoch zu dem Schlusse gekommen, daß vorläufig daran nicht zu denken sei. Gestern haben wir aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers die Versicherung gehört, daß eigentlich in Europa keine einzige Regierung bestehe, die den Krieg wolle. Darin stimmen also Alle überein.

Er hat dann noch mit besonderer Betonung hervorgehoben, daß auch der Kaiser von Rußland, wie er fest überzeugt wäre, von den allerfriedlichsten Absichten beseelt sei. Ferner hat Herr von Caprivi in seiner Osnabrücker Rede dahin sich geäußert, daß der Zweibund zwischen Rußland und Frankreich im Grunde genommen nichts weiter zu sein scheine, als daß er bezwecke, das europäische Gleichgewicht, wie es früher bestanden habe, wiederherzustellen. Es scheint danach, als wenn bis zu jenem Moment, wo der Zweibund gegründet wurde, ein solches Gleichgewicht nicht bestand, wonach Diejenigen unwillkürlich Recht bekämen, die bisher behaupteten, daß der Dreibund weit mehr eine Kriegsprovokation*) als ein Bündniß zum Frieden wäre. Indessen, meine Herren, wir hören ja, daß Herr Rudini in ganz ähnlicher Weise sich äußert; wir hören weiter, daß französische Staatsmänner in gleicher Weise sich ausgelassen haben. Wir haben also das Wunderbare, daß zwei große unter sich verbündete Kreise in Europa sich gegenüberstehen, welche mit Ausschluß Englands die gesammten Großmächte umschließen, die beiderseitig versichern, der von ihnen gegründete Dreibund beziehungsweise Zweibund habe weiter keinen Zweck, als die Aufrechthaltung des Friedens. Aber diesem gegenüber besteht der seltsame Widerspruch, daß sämmtliche Großstaaten Europas fortgesetzt immer eine Rüstung nach der anderen beginnen

*) Krieganreizung.

und ihre Ausgaben in's Ungemessene steigern. Auf der einen Seite macht es also den Eindruck, nach den Versicherungen zu urtheilen, als bestünde ein förmliches Wettrennen zwischen dem Zwei- und Dreibund, um den Frieden aufrecht zu erhalten; demgegenüber stehen aber, in diametralem Gegensatz dazu, die in Zahlen ausgedrückten Thatsachen, die in den jeweiligen Budgets der betheiligten Staaten zum Ausdruck kommen, insbesondere auch in dem unseren. Ich muß sagen, dieser Zwiespalt ist nicht leicht zu erklären. Wenn es in der That so ist, daß die verschiedenen Regierungen Europas von dem eifrigsten Bestreben beseelt sind, den Frieden aufrecht zu erhalten, dann wäre es doch das Selbstverständlichste, daß sie mal untereinander in Berathung träten und untersuchten, falls sie darüber in Zweifel sein sollten, was denn eigentlich die Ursache ist, welche den gegenwärtigen Zustand Europas, der nach dem Eindruck Aller ein äußerst unerquicklicher ist, herbeigeführt hat.

(Sehr richtig! links.)

Will man ein Heilmittel anwenden und zwar das richtige, dann kann man nur zur Anwendung dieses Heilmittels kommen, wenn man die Ursache weiß, die das Uebel erzeugt hat. Eine Untersuchung des Uebels wäre also die erste Frage. Ist man dem Uebel auf die Spur gekommen, dann bestände die Verpflichtung, das Uebel zu beseitigen; alsdann wäre die Möglichkeit gegeben, den Frieden zu sichern, den sie angeblich alle wollen, und dessen Bruch sie alle bedauern, und den nach den Worten des Reichskanzlers herbeizuführen keine der Regierungen riskirt.

Wir sehen also, daß hier die leitenden Mächte und Regierungen Europas sich in starken Widersprüchen bewegen, die nicht aus der Welt zu schaffen sind und die nur das Eine klar zu Tage treten lassen, daß der Zustand der Staaten ein immer unhaltbarerer wird, daß die Lasten, welche die Völker in physischer, materieller und finanzieller Beziehung auf sich zu nehmen haben, immer größer werden. Allmälig kommen selbst diejenigen Parteien dazu, wie wir aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Buhl gehört haben, die bisher, ich möchte sagen, mit einer gewissen Freudigkeit auf diesem Gebiete der Reichsregierung Folge geleistet haben, Bedenken zu bekunden und sich zu sagen: so geht es auf die Dauer nicht weiter. So geht es auf die Dauer nicht weiter, meinte gestern auch der Herr Abgeordnete Rickert,

indem er das Wort des österreichischen Kaisers und seines ersten Ministers zitirte. Aber die Antwort folgte ihm unmittelbar auf dem Fuß aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers: es geht dennoch so weiter. Das war, mit drei Worten gesagt, der eigentliche Sinn der Rede des Reichskanzlers: einmal die Versicherung, wir wollen keinen Friedensbruch, alle Mächte sind bereit, den Frieden aufrecht zu erhalten, dann wieder die positive Erklärung: wir müssen aber auf dem betretenen Wege weiter marschiren, soll der bedrohte Friede aufrecht erhalten werden.

Nach meiner Auffassung hat sich gestern der Herr Reichskanzler mit diesen seinen Friedensversicherungen und mit der rosigen Malerei, die er in Bezug auf die Lage Europas uns gab, in Widerspruch gesetzt mit anderen Theilen seiner Rede. Er nahm darauf Bezug, daß es hauptsächlich Zeitungsschreiber seien, welche die Beunruhigung in der europäischen Bevölkerung hervorriefen. Nun, wir wissen, daß es insbesondere ein Zeitungsschreiber ist, den er in seinen Ausführungen im Gedächtniß hatte

(Heiterkeit links);

jenen Herren, der jetzt seine Mußestunden in Friedrichsruh benutzt, um in den „Hamburger Nachrichten" seine Ansichten über innere und äußere Politik zum Besten zu geben. Der Herr Reichskanzler hat die Gelegenheit wahrgenommen, sich mit jenem Herrn auseinanderzusetzen; aber ich muß doch hervorhebn, daß im Allgemeinen die Zeitungsschreiber, wenn auch vielfach tendenziöse Uebertreibungen mit unterlaufen, nichts Anderes thun, als daß sie auf alle Erscheinungen aufmerksam machen, die im öffentlichen Leben, in der inneren und der äußeren Politik der Völker hervortreten. Und auch ihre Urtheile sind nicht wesentlich verschiedener von dem, was im Großen und Ganzen im Volke gedacht und geglaubt wird. Täuschen Sie sich nur nicht darüber, daß Sie behaupten wollen, die Presse sei einzig und allein an diesem Zustand der Beunruhigung, des Mißtrauens, oder, wie man sich ausgedrückt hat, um es mit einem Worte zu bezeichnen: an dem herrschenden Pessimismus, schuld. Dieser Pessimismus hat seine guten Gründe. Ich will sofort hinzusetzen: ich und meine Partei gehören nicht zu den Pessimisten.

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten);

wir sagen: wie immer die Dinge kommen, uns können sie nicht schaden, was immer kommt im weiteren Verlauf der

Entwickelung, es kann uns, der Sozialdemokratie nur nützen und wird uns dem Ziel, das wir erstreben, näher führen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir huldigen also einem ganz unverwüstlichen Optimismus*)

(Heiterkeit.)

wenn wir auch zugeben, daß vom allgemein menschlichen Standpunkt aus und in Rücksicht auf die soziale Lage, in welcher heute die große Mehrzahl unter den Völkern Europas sich befindet, eine ganze Reihe von Ursachen vorhanden sind, die diesen gedrückten Klassen allen Grund zur Unzufriedenheit giebt. Aber nicht blos Grund zur Unzufriedenheit, sondern, soweit sie sich nicht auf einen Stand stellen können, auf dem sie von einem höheren Gesichtspunkt aus die Dinge betrachten, müssen sie mit großer Sorge und mit einem gewissen Pessimismus in die Zukunft schauen.

Daß insbesondere auf dem militärischen Gebiet die Stellung der Staaten in Europa dazu angethan ist, einen starken Pessimismus hervorzurufen, kann keinem Zweifel unterliegen. Es sind zwanzig Jahre seit dem französischen Kriege verstrichen, nach dessen Beendigung man uns versicherte, daß die Periode der Kriege einen gewissen Abschluß gefunden habe, daß Deutschland nach seiner Neukonstruirung in der Lage sei, keinen Feind mehr fürchten zu müssen, kurz, daß endlich eine Periode gekommen sei, in der die militärischen Rüstungen ein gewisses Ende finden würden. Aber wir haben gesehen, daß in diesen zwanzig Jahren kaum eine kurze Periode von wenigen Jahren vergangen ist, in der nicht in bedeutendem Maße die Wehrkraft und die Leistungen, und damit die materiellen Opfer der Nation gewachsen sind. Insbesondere aber ist eine bedeutende, früher nicht für möglich gehaltene Steigerung im Maße in den letzten fünf Jahren eingetreten.

In dem, was gestern der Herr Reichskanzler mit Bezug auf gewisse Zeitungsurtheile über die Kronstädter Vorgänge sich äußerte: was in Kronstadt sich abwickelte, habe im Grunde genommen keine Bedeutung, denn es sei dadurch kein neuer Zustand in Europa eingetreten, — hat er sicher Recht. Ich war der Einzige, der bei dieser Gelegenheit ihm ein „Sehr richtig!“ zurief. Kronstadt hat nur für Diejenigen, die entweder bisher überhaupt noch nicht gesehen haben oder

---

*) Die Neigung, die Welt im rosigsten Lichte betrachten.

— was wenigstens bei uns in Deutschland ein großer Theil der urtheilsfähigen Leute ist — nicht sehen wollten, etwas zu Tage gefördert, was seit zwanzig Jahren schon latent bestand und für Jeden, der überhaupt sehen konnte, sichtbar war; nämlich, daß nach Abschluß des deutsch-französischen Krieges die Konstellation*) in Europa so kommen mußte, daß künftig Rußland und Frankreich auf eine und dieselbe Seite getrieben wurden.

Nun läßt sich nicht bestreiten, daß der verflossene Reichskanzler sich alle Mühe gegeben hat, diese ihm selbstverständlich zum vollen Bewußtsein gekommene Gefahr möglichst aus dem Wege zu räumen. Wir wissen, daß seiner Zeit aus dem Munde des Fürsten Gortschakoff das für einen deutschen Staatsmann nicht sehr komplaisante Wort fiel: Fürst Bismarck ist russischer als die Russen selbst; — das war zur Zeit des Berliner Kongresses. Wir haben ferner gesehen anläßlich des Staatsstreichs zu Sofia, welche Stellung Fürst Bismarck Rußland zu Liebe im Widerspruch mit der ganzen deutschen Nation in der bulgarischen Frage eingenommen hat. Aus jener Zeit datirt das Wort der „Kölnischen Zeitung", das ihn so sehr verletzte, von dem Wettkriechen vor Rußland. Fürst Bismarck hat ferner in seinem Bestreben, Rußland auf jeden Fall zu versöhnen, den Versuch gemacht, das Dreikaiserbündniß zusammenzubringen, das schließlich an dem inneren Widerspruch der Interessen der betheiligten Mächte mit Nothwendigkeit zu Grunde gegangen ist, indem es sich auflöste. Erst als alle Versuche, Rußland zu fesseln, vergeblich waren, da mußte auch er erkennen, was andere schon längst vorausgesagt hatten, daß eine Verständigung zwischen Rußland und Deutschland unmöglich sei, daß Rußland für die Dienste, die es Deutschland im Jahre 1866 und im Jahre 1870 geleistet hat oder glaubt geleistet zu haben, Ansprüche meint auf die Duldung einer gewissen Entwickelung der Dinge im Orient zu haben, die Deutschland nicht gewähren konnte, ohne seine Lebensinteressen im höchsten Grade in Gefahr zu bringen. Also erst als Fürst Bismarck anerkennen mußte, daß er den russischen Wünschen nicht gerecht werden konnte, veranlaßte er die Gründung des Dreibundes, der bis heute besteht.

---

*) Stellung der Staaten zueinander.

Der Zustand der Dinge seit 1871 ist es also, der diese drohende Wetterwolke beständig über Europa hält. Dieser Zustand ist ohne eine Verschiebung der Verhältnisse nicht zu beseitigen, d. h. ohne eine Aenderung des status quo*), wie er durch das Jahr 1870/71 auch für Deutschland herbeigeführt wurde. Freilich ihn zu beseitigen, daran denken die nicht, die ihn herbeigeführt haben. Wir haben vor wenigen Jahren den Ausspruch gehört: lieber sollen 40 Millionen auf der Strecke bleiben, als daß ein einziger Stein unserer Festungen abgetreten wird. Mit dieser Auffassung der Dinge bleibt für Sie nichts Anderes übrig, als den Zustand, wie er bis jetzt geworden ist, mit allen den Kräften zu unterstützen, deren das Volk überhaupt noch fähig sein wird. Aber damit steuern wir nicht blos immer unheilvolleren Zuständen entgegen, sondern es versteht sich von selbst, daß es eines Tages auch endlich zum Zusammenbruch und zur Katastrophe kommt.

Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat sich noch in anderer Beziehung mit seinen Ausführungen in Widerspruch gesetzt. Er hat, indem er auf die Militärschriftsteller hinwies, welche häufig Versuche machten, der Reichsregierung zu Gemüthe zu führen, was sie eigentlich zu thun habe, um die Wehrkraft Deutschlands gegenüber seinen späteren Gegnern in möglichstem Maße zu entwickeln, etwas spöttisch hingewiesen auf den Spruch, mit dem ein Theil dieser militärschriftstellerischen Arbeiten geziert ist: si vis pacem, para bellum**) Dieser Ausspruch den er so spöttisch behandelt, ist uns aber hier im Reichstag, wenn auch nicht immer lateinisch, so doch deutsch, seit zwanzig Jahren als Richtschnur vorgetragen worden.

(Sehr richtig! links.)

Nach diesem Spruch hat man alle die geforderten neuen Rüstungen und Verstärkungen der Armee, die im Laufe der zwanzig Jahre eingetreten sind, gerechtfertigt, und im Grunde genommen hat auch er selbst keinen anderen Spruch zur Verfügung als den, über den er sich gestern lustig machte. Denn was war der eigentliche Tenor seiner Rede? Wir müssen, um künftig den Frieden weiter zu erhalten, abermals unsere Armee verstärken und die Rüstungen erweitern. Indem er das aussprach, hat er zugleich ausgeführt, daß es

---

*) Der gegenwärtige Stand der Dinge.

**) Wenn Du Frieden willst, so rüste zum Kriege.

eigentlich weit weniger auf eine große Armee ankomme, als darauf, daß der einzelne Mann in dieser Armee möglichst tüchtig ausgebildet werde. Eine in solcher Weise tüchtig ausgebildete Armee könne einer anderen, die an Zahl ihr weit überlegen sei, Stand halten. Das war eine Ansführung, die, als ich sie hörte, bei mir zwei Gedanken hervorrief. Einmal, sagte ich mir, wird der Herr Reichskanzler mit dieser Ausführung bezwecken, daß er die schärfere Heranziehung der Personen des Beurlaubtenstandes, für die im jetzigen Etat abermals höhere Forderungen enthalten sind, zu rechtfertigen sucht. Dann aber wird er auch nicht daran denken, eine weitere Verstärkung der Armee herbeizuführen. Aber in demselben Athemzug, mit dem er die Versicherung abgab, daß vor allen Dingen die Ausbildung des einzelnen Mannes die größte Siegesgewißheit der Armee herbeiführe, ging er dazu über, zu erläutern, daß der gegenwärtige Mannschaftsbestand nicht reiche, und daß schon im Laufe des nächsten Winters an den Reichstag Ansprüche treten würden, auf Grund der neuerdings festgestellten Bevölkerungszahl Deutschlands eine weitere Verstärkung der Armee eintreten zu lassen. Ja, wenn ich seine Worte richtig verstanden habe, indem er aussprach, daß er keine Aussicht geben könne, daß unsere militärische Organisation schon abgeschlossen sei, hat er nur auf's Neue dem Gedanken Ausdruck gegeben, den vor zwei Jahren Herr von Verdy ausgesprochen, und der damals von seiner Seite noch entschieden desavouirt*) wurde. Seine gestrigen Ausführungen spitzten also sich darauf zu, daß nicht daran gedacht wird, in absehbarer Zeit die Dienstzeit zu verkürzen; es soll vielmehr eine bessere Ausbildung durch längere Uebung erreicht werden. Auf der anderen Seite soll aber auch eine bedeutende Erweiterung des stehenden Heeres herbeigeführt werden. Wie man diese beiden Zwecke, nach denen eher von einer Verlängerung, nicht aber von einer Verkürzung der Dienstzeit die Rede ist, also Ersparnisse nicht gemacht werden können, und zu gleicher Zeit die Armee bedeutend vermehrt werden soll, erreichen und dennoch mit den Ansprüchen zurecht kommen will, die man wieder an das Volk stellt, das verstehe, ich aufrichtig gestanden, nicht.

Die Lasten, die Deutschland jetzt schon zugemuthet werden, sind doch kolossal genug; das zeigt ein Vergleich mit den

---

*) Verleugnet.

letzten zwölf Jahren. Im Jahre 1881/82 war eben das neue Septennat eingetreten, die Armee stand auf 428 000 Mann gegen 401 000 vorher; es war ferner das Institut der Ersatzreserve erster Klasse neu eingeführt worden; — mit einem Wort: das Jahr 1881/82 war ein Jahr, welches im Militäretat seinen Vorgängern gegenüber bereits eine bedeutende Erhöhung erfahren hatte. Gleichwohl sehen wir, daß, während im Jahre 1881/82 der Militäretat in seinem Ordinarium*) rund 344 Millionen beanspruche, er gegenwärtig 427 Millionen beansprucht, d. h. 83 Millionen mehr als vor etwa zwölf Jahren. Dieselbe Steigerung sehen wir auch auf dem Gebiete der Marine. Damals betrug der ordentliche Etat nicht ganz 27 Millionen; gegenwärtig werden rund 46 Millionen verlangt, nicht viel unter einer Verdoppelung. Entsprechend den gesteigerten Ausgaben für die stehende Armee und die Marine hat auch der Pensionsfonds eine Steigerung erfahren; allerdings ist diese eine ganz unverhältnißmäßige in diesem Zeitraum. 1881/82 betrugen die Ausgaben hierfür 18 700 000 Mark, gegenwärtig 42 600 000 Mark; dies ist eine Steigerung von nahezu 24 Millionen. Wir sehen, daß also nicht allein für die Marine, wie gestern der Herr Abgeordnete Rickert ausgeführt hat, diese Steigerung eine geradezu riesenhafte ist, sondern daß sie es auch für die stehende Armee ist. Es sind allerdings unter den angeführten Posten auch die Pensionen für die Zivilbeamten enthalten; diese sind aber verhältnißmäßig unbedeutend: — kurz, es haben die Ausgaben für die pensionirten Offiziere aller Grade eine ganz außerordentliche Steigerung erfahren.

Diesen Verhältnissen entsprechen denn auch selbstverständlich unsere Reichsschulden, namentlich in Anbetracht des Umstandes, daß neben den ordentlichen Etats außerordentliche Etats nebenher laufen. Ebenso hat die Ausgabe für Verzinsung der Reichsschuld eine ganz bedeutende Steigerung erfahren. Im Jahre 1882 erforderte diese Verzinsung 11 520 000 Mark, gegenwärtig bereits 60 865 000 Mark, und nach den Forderungen, die gegenwärtig an uns gestellt werden und nach den noch rückständigen Krediten, die die Regierung bereits besitzt, werden diese Ausgaben in dem nächsten und übernächsten Jahre abermals um ganz bedeutende Beträge wachsen. Die laufenden Ausgaben sind also in

*) Regelmäßige Ausgaben.

diesem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum weit über das Maß hinaus gestiegen, um das die Bevölkerung wuchs, weit auch über das Maß hinaus, was die materielle Leistungsfähigkeit des Volkes zuläßt.

Auch auf dem Gebiete der außerordentlichen Ausgaben ist die Steigerung eine ganz unverhältnißmäßige. Es zeigt sich hier insbesondere, daß die Periode der letzten fünf Jahre einen Zustand herbeigeführt hat, daß, wenn das in dem nächsten Jahre so weitergehen sollte — und nach den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers haben wir alle Ursache dazu, das anzunehmen —, Deutschland in verhältnißmäßig kurzer Zeit eines der mit Schulden am reichsten dotirten Länder sein wird. Es sind in den letzten Jahren — und zwar während der Jahre 1887 bis 1891/92, also die gegenwärtigen Forderungen nicht einbegriffen — an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats für das Reichsheer rund 171 Millionen bewilligt worden, für die Marine innerhalb derselben Zeit rund 41 Millionen, in Summa 211 Millionen. Aber die einmaligen außerordentlichen Etatsbewilligungen innerhalb der angeführten Periode haben für das Reichsheer nicht weniger als 710 Millionen und für die Marine 85 Millionen betragen, so daß neben den 211 Millionen einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats noch in Summa 795 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats in diesen 5 Jahren bewilligt wurden, wozu die gegenwärtig geforderten einmaligen und außerordentlichen Ausgaben noch hinzukommen, so daß eine Milliarde damit weit überschritten wird. Die Reichsschuld, die vor jener Periode noch verhältnißmäßig gering war, ist gegenwärtig, so weit die Bewilligungen in Betracht kommen, auf 1611 Millionen gewachsen, und wir haben alle Aussicht, daß Sie in wenig Jahren die zweite Milliarde voll machen werden. Wo dies hinaus will, weiß Niemand. Sollte es da nicht die Pflicht des Reichstags sein, in der ernstesten Weise sich zu fragen, wie diesem Wachsthum der Ausgabe, wenigstens für die Zukunft, ein Ende bereitet werden kann? Ich gestehe allerdings, daß ich keine Aussicht sehe, wenn man die Grundlage, welche dem gegenwärtigen Zustande zu Grunde liegt, anerkennt und als nothwendig ansieht. Wir haben zu diesen falschen Grundlagen nichts beigetragen, wir haben dieser ganzen Entwickelung gegenüber uns abwehrend

verhalten; es kann also auch nicht unsere Aufgabe sein, uns Ihre Köpfe zu zerbrechen

(Heiterkeit),

wie dem abgeholfen werden soll. Für uns genügt es, den Zustand der Dinge, so wie er besteht, darzulegen. Es handelt sich darum, auszusprechen, was ist, und dem Volke zu zeigen, welche weiteren Folgen die Konsequenz dieses Zustandes sein müssen. Was wird z. B. eintreten, wenn dieser ganze ungeheure Apparat, den Sie mit Hülfe dieser kolossalen Ausgaben in's Leben gerufen haben, einmal in Aktion tritt?

Der Herr Reichskanzler hat gestern ausgeführt, daß nach seiner Meinung kein lebender General existirt, der mit Massen, wie sie ein nächster Krieg auf die Beine bringen werde, zu operiren im Stande sei, oder schon mit ähnlichen Massen operirt habe. Gewiß, meine Herren, wir werden mit Armeen operiren, die an Zahl weit zurücklassen jene Armeen, die sich bereits in dem siebziger Krieg als nothwendig herausstellten. Wir werden, das ist meine Meinung, nach den verschiedensten Richtungen hin an dem inneren Widerspruch dieses riesenhaften Apparats zu Grunde gehen, noch ehe derselbe vollständig in Aktion getreten ist. Ich frage: wie wollen Sie in einem zukünftigen Kriege — die Vertheilung der Massen wird allerdings eine doppelte sein, es wird ein Krieg nach zwei Fronten werden — wie wollen Sie, frage ich, diese ungeheueren Massen mit unseren heutigen Verkehrsmitteln, so vollkommen sie auch sein mögen, schnell genug fortschaffen? Wie wollen Sie bei den schon jetzt auf's Aeußerste angespannten Kräften Deutschlands die Geldmittel aufbringen, um die riesigen Ausgaben zu bestreiten? Die 120 Millionen im Juliusthurm sind doch nur für die ersten Tage nach der Mobilmachung ausreichend; das wissen wir. Ob aber unsere Bourgeoisie, ob unsere Börsen geneigt sein werden, für diesen Krieg, sei es zu noch so hohen Prozenten, die Summen herzugeben, die nothwendig sind, das bezweifle ich nach den Erfahrungen von 1870 und insbesondere auch nach den Erfahrungen, die wir nach der letzten dreiprozentigen Reichsanleihe gemacht haben. Darnach dürfte es mit der Opferwilligkeit unserer kapitalistischen Kreise sehr bedenklich aussehen. Wie also Deutschland in die Lage kommen will, auf die Dauer die ungeheueren Geldopfer aufzubringen, die nöthig sind für einen solchen Krieg, das ist für mich ein Räthsel.

Dabei kommt weiter in Betracht, daß eine Anzahl Staaten, darunter diejenigen, mit denen wir im Bündniß stehen, Italien und Oesterreich, heute bereits ihre Kräfte auf die äußerste Spitze getrieben haben und heute bereits genöthigt sind, eine Reihe der nothwendigsten Ausgaben einzuschränken, weil, wie bisher gewirthschaftet wurde, sie nicht mehr weiter zu wirthschaften vermögen. Die nothwendige Folge ist, daß mit der nächsten Kriegserklärung so und so viel Staaten Europas auch ihren Bankerott ansagen können. Was das aber für eine verhängnißvolle Wirkung auf das ökonomische Leben der Nationen ausüben wird, brauche ich nicht auseinanderzusetzen.

Des Weiteren habe ich die Ueberzeugung, daß, mögen die Einrichtungen noch so vorzügliche sein, möge Alles noch so gut vorgesehen werden, wir nicht mehr im Stande sein werden, die Proviantirung der ungeheueren Massen in dem Maße vorzunehmen, wie es geschehen muß. Die Proviantirung der Armee hat schon in Frankreich im Jahre 1870/71 große Schwierigkeiten herbeigeführt. Diese Schwierigkeiten werden künftig sich noch ganz ungeheuer steigern, besonders wenn, wovon ich überzeugt bin, in einem künftigen Kriege die Zufuhr von der See auf's Aeußerste erschwert wird, und Rußland erst recht, wie gegenwärtig schon, wo es durch die innere Nothlage dazu gezwungen wurde, die Zufuhr, auf die wir für die Ernährung der Bevölkerung, namentlich in Bezug auf Roggen, in höchstem Maße angewiesen sind, einstellt. Es wird also Nahrungsmangel eintreten und damit eine Theurung der Lebensmittel, daß sie für die große Mehrheit der Bevölkerung garnicht mehr zu erschwingen sind. Das sind Aussichten, die Keinem, der diese Verhältnisse offen in's Auge faßt, entgehen können. Es ist aber nöthig, daß wir uns die Konsequenzen aus den bestehenden Zuständen nach allen Richtungen hin vor Augen führen.

Dann etwas Anderes! Bei der gegenwärtigen großartigen Vervollkommnung der Schußwaffen ist nicht mehr daran zu denken, mögen noch so hohe Summen für tragbare Zelte ausgeworfen werden, gegebenenfalls die ganz enorme Zahl der Verwundeten unterzubringen. Alle Ihre Verkehrsmittel, alle Ihre Hospitäler reichen nicht dazu aus, die Zahl der Verwundeten aufzunehmen, die nach den ersten Schlachten die Blachfelder bedecken werden. Ich erinnere hier an das Zeugniß einer der ersten Autoritäten auf dem chirurgischen

Gebiete, an das Zeugniß Professor Billroth's. Derselbe hat vor wenigen Wochen erst vor seinen Hörern geäußert, als er vor ihnen die Wirkungen der neueren und neuesten Schußwaffen an Leichen exemplifizirte, daß die neuesten Schußwaffen von so furchtbarer Durchschlagskraft seien, daß eine einzige Kugel im Stande sei, drei und mehr Mann hinter einander zu treffen und kampfunfähig zu machen, und er führte ebenfalls dabei aus: es sei garnicht daran zu denken, daß weder die Zahl der Aerzte, noch die Zahl der Lazarethe genüge, um die Masse der Verwundeten zu pflegen, welche die künftigen großen Weltschlachten zur Folge haben würden.

Nun nehmen wir die weiteren Wirkungen hinzu! Wir werden in Deutschland mindestens 4½ Millionen Männer ihrem friedlichen Berufe entreißen, darunter Millionen von Kleinbürgern und Kleinbauern. Sie, die Herren aus dem Zentrum, haben neulich aus Anlaß Ihres Innungsantrages über die düstere Stimmung geklagt, die besonders in Handwerkerkreisen vorhanden sei. Diese ist aber nicht blos vorhanden, wie es nach Ihren damaligen Ausführungen schien, infolge der Nichtgewährung Ihrer Wünsche in Bezug auf den Befähigungsnachweis und die obligatorischen Innungen — diese düstere Stimmung ist in noch höherem Grade herbeigeführt durch die außerordentlich traurigen sozialen und materiellen Verhältnisse, in denen wir uns im Allgemeinen, und der Handwerkerstand im Speziellen, befinden. Diese traurige Lage giebt unseren Handwerkern die Gewißheit, daß sie keine Möglichkeit mehr besitzen, auf die Dauer ihre selbstständige Existenz aufrecht erhalten zu können. An dem Tage aber, wo die Millionen Kleinbürger und Kleinbauern unter die Fahnen gerufen werden zur Theilnahme an einem Kriege, an diesem Tage können diese Millionen auch ihren Bankerott ansagen, — es ist mit ihrer selbstständigen Herrlichkeit zu Ende. Das sind die nothwendigen Wirkungen des Systems, das Sie auf die Spitze treiben helfen.

Wie steht es aber mit den Arbeitern, und zwar nicht nur mit denen, die zu den Waffen gerufen werden, sondern auch mit dem anderen Theile, der zu Hause bleibt und in der Industrie thätig sein soll? Wenn der Export stockt, und die Arbeitsgelegenheit fehlt, weil der ganze Ausfuhrhandel unterbrochen wird, dann tritt Arbeitslosigkeit für weitere Millionen ein, und zwar neben einer ungeheuren Theuerung aller Lebensmittel.

Das sind alles Fragen, die bei den enormen Forderungen, die uns hier vorgelegt werden, und die neu an uns herantreten, sich von selbst aufdrängen. Es ist also nothwendig, daß man diese Fragen ernst in's Auge faßt, und daß man sich fragt: wo soll das hinaus?

Freilich, Alles, was ich Ihnen hier sage, das wissen Sie so gut wie wir; wie Jeder, der ein wenig über diese Dinge nachdenkt, zu denselben Schlüssen kommen muß wie wir. Aber der Unterschied zwischen Ihnen und uns liegt darin, daß, wenn Sie heimlich diese Frage sich auch vorlegen, Sie sich scheuen, sie offen zu beantworten, weil Sie die Wirkungen fürchten, die mit Nothwendigkeit aus einer solchen Darlegung der Verhältnisse hervorgehen. Der Unterschied zwischen uns und Ihnen liegt also darin, daß wir offen sagen, was ist und kommen wird, während Sie alles Mögliche aufbieten, den Zustand der Dinge zu vertuschen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie handeln nach dem Worte des Reichskanzlers von gestern, man brauche nicht Alles zu sagen, was man denke.

(Zuruf.)

— Nun ja, wir sagen auch nicht Alles, was wir denken

(Heiterkeit);

aber auf einem Gebiete wie hier, wo es sich um die Lebensinteressen des Volkes handelt, wo diese in die stärkste Mitleidenschaft gezogen werden, da will es mir sehr nothwendig erscheinen, zu sagen, was ist und kommen wird.

Es sind nun ferner in den letzten Tagen, allerdings nicht in diesem Hause, aber doch außerhalb desselben, Aeußerungen gefallen, die den Verdacht erwecken, daß man diese kolossale Steigerung der Armee nicht blos gegen äußere Feinde nöthig habe, sondern eventuell auch gegen den sogenannten inneren Feind. Es sind da eine Reihe von Aeußerungen durch die Zeitungen gegangen, die mich nöthigen, auch auf diesen Punkt näher einzugehen. Insbesondere wird einer Rede Erwähnung gethan, die von hoher autoritärer Stelle hier in Berlin bei Gelegenheit der Truppenvereidigung stattgefunden haben soll. Es wird darin unter Anderem gesagt:

> Ihr werdet hoffentlich nur im Frieden Gelegenheit haben, Eure Tapferkeit und Euren Muth zu bezeugen. Vielleicht aber stehen auch ernste innere Kämpfe bevor.

Meine Herren, anläßlich der Forderung für die Unteroffizierprämien hat auch der Herr Reichskanzler meinem Freunde und Parteigenossen, dem Abgeordneten Grillenberger gegenüber eine ähnliche Aeußerung gethan, und der Zufall will, daß gestern die „Hamburger Nachrichten“ eine Aeußerung des Fürsten Bismarck zum Besten geben, in welcher er sich in ganz ähnlicher Weise ausspricht. Fürst Bismarck kommt in dem betreffenden Artikel der „Hamburger Nachrichten“ darauf zu sprechen, welche Gründe ihn bestimmten, damals, als hier im Reichstage die Verlängerung des Sozialistengesetzes zum letzten Mal auf der Tagesordnung stand, nicht zu erscheinen. Er führt aus, daß er schon damals in Bezug auf dieses Gesetz und seine Fortdauer sich im Widerspruche mit einer Allerhöchsten Stelle im Reich befunden habe, und daß das der Grund seines Fernbleibens war. Weiter äußert er, er sei von jeher der Anschauung gewesen, daß die sozialistische Frage, wie er sie bezeichnet, nicht eine bloße Frage des Rechts, der Juristerei, sondern eine eigentliche Kriegsfrage sei; für ihn sei nicht zweifelhaft, daß die Zeit komme, wo man der Sozialdemokratie mit bewaffneter Macht entgegentreten müsse. Er führt dann weiter aus, daß die Sozialdemokratie schon gegenwärtig unablässig bemüht sei, den Stand der Unteroffiziere in der Armee in die Hände zu bekommen und mit Hülfe dieses wichtigsten Standes herbeizuführen, daß im gegebenen Falle, wo die Armee dazu gebraucht werden solle, auf das Volk zu schießen, die Soldaten „zu hoch“ schießen. Meine Herren, Niemand hat mehr als Fürst Bismarck seiner Zeit seine Stellung dazu benutzt, um seine politischen Gegner zu verdächtigen und herabzusetzen

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten),

und dieses Handwerk scheint er allerdings auch gegenwärtig in seiner Inaktivität*) noch weiter fortzusetzen.

(Sehr richtig!)

Denn daß der mir vorliegende Artikel der „Hamburger Nachrichten“ von ihm stammt, unterliegt für mich und für Jeden, der den Artikel gelesen hat, nicht dem geringsten Zweifel. Ich bedauere nun am allermeisten — das will ich den Herren von der Rechten gegenüber bemerken, die vielleicht mir gegenüber den Vorwurf erheben, daß ich einen Mann angriffe,

*) Unthätigkeit.

der nicht zugegen sei — ich bedauere am allermeisten, daß Fürst Bismarck sich nicht für verpflichtet hält, den Posten, den ihm seine Wähler anvertraut, hier im Reichstage einzunehmen.

(Sehr wahr! links.)

Ich würde das, was ich sage, auch genau ihm gegenüber so sagen, wenn er hier im Reichstage anwesend wäre, und noch etwas mehr.

(Heiterkeit.)

Es ist also eine Verdächtigung, wenn eine Behauptung, wie sie in dem Artikel der „Hamburger Nachrichten" in Bezug auf unsere Wirksamkeit unter der Armee ausgesprochen ist, gegen uns geschleudert wird. Nie sind von uns solche Versuche gemacht worden. Wären sie von uns gemacht worden, der Herr Reichskanzler wäre ganz bestimmt in der Lage, auch nachweisen zu können, wo diese Versuche von uns gemacht wurden. Ich meine, auch die einfachste Rücksichtnahme auf die Klugheit müßte uns veranlassen, solche Bestrebungen innerhalb der Armee nicht zur Geltung zu bringen. Hat wirklich Jemand von uns Gelegenheit, einem Parteigenossen, der in die Armee eintreten muß — und wir haben heute viele Parteigenossen in der Armee, das unterliegt keinem Zweifel —, einen Rath zu geben, so ist es ganz sicher der: so lange du in des Königs Rock steckst — wie es heißt —, halte deinen Mund und laß dir nicht merken, daß du Sozialdemokrat bist, das möchte dir sehr schlecht bekommen.

(Heiterkeit.)

Das ist der selbstverständliche Rath, den wir Jedem geben, soweit eine Möglichkeit dazu vorhanden ist, und den wir geben müssen, wenn einer von uns darum angegangen wird.

Also, meine Herren, Versuche, wie sie Fürst Bismarck uns zuschreibt, unterlassen wir schön. Auf diesem Gebiete üben wir keinen Einfluß aus und wollen wir keinen Einfluß ausüben. Das ist gefährlich. Die Dinge entwickeln sich von selbst. Wir haben nicht nöthig, etwas dazu zu thun, dafür sorgen Sie, daß auch die Sozialdemokraten zahlreich in die Armee kommen. Mit jedem Tausend Mann, um das Sie die Armee vermehren, kommt auch eine entsprechende Zahl von Sozialdemokraten mehr in sie hinein; das ist selbstverständlich. Diese können Sie nicht fernhalten. Und in dem Augenblick, wo Sie durch die äußere Situation gezwungen

werden, Millionen aufzubieten, — indem Sie also die allgemeine Volksbewaffnung durchführen müssen, die wir als Ideal für den Normalzustand ansehen, wenn Sie bis zum Landsturm ersten und zweiten Aufgebots greifen müssen, da versteht es sich auch von selbst, daß Hunderttausende und aber Hunderttausende von Sozialdemokraten in unserer Armee sich befinden. Namentlich werden Sie diese in den Kreisen der Reservisten und Landwehrmänner finden, wie ältere Arbeiter, kleinere Bauern, Handwerker usw. In der Art, wie unsere Partei wächst — und sie ist ja heute unbestritten die stärkste Partei in Deutschland — und weiter wachsen wird, muß sie auch nothwendigerweise in der Armee mehr und mehr Boden und Verbreitung finden.

Ich meine, unter solchen Umständen sollten die herrschenden Klassen und leitenden Personen es unterlassen, mit Reden und Anschuldigungen, wie ich sie zitirte, um sich zu werfen. Der Herr Reichskanzler hat gestern gegen die Zeitungsschreiber geeifert, die Beunruhigung erzeugten; ich wünschte, er machte seinen Einfluß geltend, daß auch gewisse Redner etwas weniger sprechen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich kenne auch Redner, die nach außen hin sehr beunruhigend gewirkt haben. Ich erinnere nur an eine Rede, die vor einigen Wochen in Erfurt gehalten worden ist; ich könnte deren noch mehrere zitiren. Auch das wirkt im äußersten Grade beunruhigend nach außen, und die Aeußerungen, wie sie vor einigen Tagen bei der Vereidigung der Rekruten gefallen sind . . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf von Ballestrem. Die letzte Aeußerung des Herrn Redners kann sich nur auf eine Rede beziehen, die Seine Majestät der Kaiser gehalten hat. Ich erkläre es für unzuläßig, die Reden Seiner Majestät des Kaisers hier in die Berathung zu ziehen, um Kritik daran zu üben.

(Sehr wahr!)

Abgeordneter Bebel: Meine Herren, ich habe gesagt, was ich sagen wollte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich denke, ich bin verstanden worden. Ich meine also, Sie hätten von Ihrem eigenen Standpunkt aus und im Interesse der Staats- und Gesellschaftsordnung, die Sie vertheidigen,

die allergrößte Ursache, Gesichtspunkte, wie ich Sie Ihnen darlegte, der genauesten Erwägung zu unterziehen und dafür zu sorgen, daß kräftige Einschränkungen auf dem Wege, den Sie betreten haben und weiter betreten wollen, geschehen.

Es ist nun gestern von dem Herrn Abgeordneten Rickert hervorgehoben worden, daß als eine wesentliche Ursache für die allgemeine Beunruhigung auch das Verhalten gewisser Parteien und manche Reden in den einzelnen Parteien zu betrachten seien. Er meinte, Kriegshetzer gäbe es in allen Parteien. Der Herr Abgeordnete Rickert muß ja das am besten wissen; denn wenn ich mich seiner politischen Vergangenheit als Nationalliberaler entsinne, woran ihn auch der Herr Vorredner erinnert hat, dann sind immer die Mehrforderungen, die wir für das Heer und die Marine bewilligen sollten, mit Hinweis auf die gefährdete äußere Lage, auf die Nothwendigkeit der Vertheidigung gefordert worden. Auch der Herr Abgeordnete Rickert — daran muß ich ihn erinnern — stand damals im Gegensatze zu seiner Haltung jetzt, auf Seite Derjenigen, die immer darauf hinwiesen, wie die gefährliche auswärtige Lage der Dinge auch Deutschland nöthige, seine Rüstungen zu verstärken.

(Zuruf.)

— Herr Kollege Rickert, seitdem Sie in einer Parteistellung sind, in der Sie Mehrforderungen nicht ohne Weiteres bewilligen zu können glauben, da blasen Sie nach Möglichkeit die Friedenstrompete; so lange Sie aber einer anderen Parteirichtung angehörten und Sie bereit waren, die Mehrforderungen zu bewilligen, da haben Sie nach Kräften in die Kriegstrompete gestoßen

(sehr richtig! rechts und bei den Sozialdemokraten);

das ist der Unterschied bei Ihnen zwischen früher und jetzt.

(Heiterkeit. Widerspruch.)

— Jawohl, es ist so, Herr Kollege Rickert!

Der Herr Abgeordnete Rickert hat sich auch auf mich bezogen. Er hat einer Rede erwähnt, die ich vor einiger Zeit hier in Berlin gehalten habe, und meinte, daß auch diese Rede nicht dazu angethan gewesen sei, das Vertrauen in den friedlichen Zustand der Dinge zu wecken. Ich setze voraus, daß der Herr Abgeordnete Rickert diese Rede nicht nur in einzelnen Sätzen, sondern den Bericht darüber ganz gelesen, und zwar mit Aufmerksamkeit gelesen hat. Las er ihn aber mit Aufmerksamkeit, dann konnte er zu Anschauungen

darüber, wie er sie gestern hier zum Ausdruck gebracht hat, unmöglich kommen. Denn, meine Herren, ich habe in jener Rede nichts weiter gethan, als daß ich an der Hand der Ereignisse im Innern und an der Hand der Entwickelung der Verhältnisse in Europa in den letzten 20 Jahren auf das hingewiesen habe, worauf ich auch im Laufe meiner heutigen Rede gekommen bin, nämlich auf den gefahrdrohenden Zustand, in dem wir uns und mit uns ganz Europa sich befinden. Ich habe damals ausgesprochen — ob dem wirklich so ist, darüber kann man ja verschiedener Meinung sei —: die Dinge haben allmälig in ganz Europa in einer Weise sich zugespitzt, daß kaum noch die Wahrscheinlichkeit besteht, daß es auf die Länge so bleiben kann; wir stehen — so äußerte ich mich weiter — nach meiner Meinung vor einer Katastrophe. Und, meine Herren, ich habe noch heute die Ueberzeugung: hätten nicht die inneren ökonomischen Zustände Rußlands in den letzten Monaten sich so gestaltet, wie sie sich gestaltet haben, wäre nicht Rußland genöthigt, heute seine ganze Kraft, alle seine Mittel und die Aufmerksamkeit seiner Staatsmänner auf die Zustände im Innern zu richten und zu verwenden und Alles aufzubieten, um die Bevölkerung ruhig zu erhalten, — wer weiß, was uns das nächste Frühjahr gebracht hätte.

(Zustimmung links.)

Es giebt allerdings auch eine andere Meinung, die dahin geht, daß gerade der äußerst gefährliche Zustand im Innern Rußlands die Veranlassung sein könnte, eine Ableitung nach außen zu versuchen, indem man eine Kriegskatastrophe herbeiführt. Indeß, das sind Konjekturen*), auf die ich mich hier nicht weiter einlasse. Ich habe sie auch in jener Versammlung nicht erwähnt; ich habe dort nur darauf hingewiesen, daß die Lage eine äußerst gespannte sei, und daß es über Kurz oder Lang zu einer Katastrophe kommen werde und kommen müsse. Ich glaube, darüber sind sogar auch alle Vorredner mit mir einverstanden; denn sonst wäre es ein Widersinn, uns fortgesetzt mit Forderungen zu kommen, wie sie hier gestellt werden.

Ich habe dann weiter ausgesprochen: was aber aus dem Zustand der Dinge weiter folgen wird, den unsere herrschenden Klassen seit zwei Jahrzehnten systematisch in solchem

*) Muthmaßungen.

Maße auf die Spitze getrieben haben, das ist eine andere Frage; da kann es sehr leicht sich ereignen, daß die Dinge ein ganz anderes Gesicht bekommen, als sie nach Ansicht Derer, die heute das Heft in der Hand haben, bekommen sollen. Hat der Herr Reichskanzler gestern nicht selbst ausgesprochen, daß, wenn bis heute kein Krieg ausgebrochen sei, dieses wesentlich dem Umstand zuzuschreiben wäre, weil keine einzige Macht in Europa sagen könne, daß sie der anderen namhaft überlegen wäre, und daß sie auf Grund ihrer Ueberlegenheit auch sicher den Sieg habe?

Aber es kommt noch etwas in Betracht, das man nicht sagt — der angeführte Grund ist es nicht allein, der zu größter Vorsicht mahnt; der zweite Grund ist der, daß Niemand weiß, was aus der sozialen und ökonomischen Lage der Bevölkerungen wird, wenn die Kriegskatastrophe über Europa hereinbricht. Diese erzeugte mit Nothwendigkeit eine vollständige Revolution, sie ebnete einer Revolutionirung unserer ganzen sozialen Verhältnisse in einer Weise die Wege, wie nie und zu keiner Zeit in der Geschichte Gleiches in ähnlichem Maßstabe vorgekommen ist. Das habe ich auch in jener Rede ausgeführt, indem ich durchaus nüchtern die Dinge zu schildern versuchte, wie sie nach meiner Meinung liegen. Da kommt nun Herr Rickert und eine Anzahl auswärtiger Blätter — namentlich sind es französische chauvinistische*) Blätter — und sagen, ich hätte in's Kriegshorn geblasen, und es sei die Sozialdemokratie, die stets die Internationalität der Völker vertreten habe, die auf einmal chauvinistisch geworden und bereit sei, im Verein mit den herrschenden Klassen gemeinsame Sache gegen das Ausland zu machen. Das Letztere habe ich unter gewissen Umständen allerdings in Aussicht gestellt, für den Fall nämlich, daß Deutschland um seine Existenz zu ringen hat. Aber diese Vertheidigung geschieht nicht den herrschenden Klassen, sondern uns selbst zu Liebe, weil das Vaterland, das es alsdann zu vertheidigen gilt, nicht blos Ihr, unserer Gegner, Vaterland, sondern auch unser Vaterland ist

(Bewegung),

und weil wir die Zustände in diesem unseren Vaterlande so gestalten möchten, wie wir es von unserem Standpunkte aus im Interesse Aller wünschten. Wir werden also gegebenen

---

*) mordspatriotische.

Falles in einem solchen Kampfe um die Existenz Deutschlands unsere Schuldigkeit thun. Hat ein kommender Krieg den Zweck, Deutschland zu zerstückeln und zu unterdrücken — und das kann, wie die Verhältnisse sich hüben und drüben durch das Verhalten der herrschenden Klassen gestaltet haben, kaum anders sein —, dann sind wir also zur Vertheidigung unserer selbst gezwungen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber ob nicht in einem solchen Kriege, der von jeder Seite geführt wird mit der Absicht, den Gegner zu Grunde zu richten und zu vernichten, allesammt zu Grunde gehen, das ist eine andere Frage.

Meine Herren, die gesteigerten Anforderungen treffen aber nicht allein die physischen Kräfte der Nation insoweit, als die Zahl Derjenigen, welche ihrer militärischen Pflicht genügen müssen, fast von Jahr zu Jahr eine größere geworden ist, es sind auch die materiellen Lasten dafür aufzubringen, und diese sind, entsprechend den kolossal gesteigerten Heeresorganisationen, ebenfalls kolossale geworden. Insbesondere sind es, wie wir Alle wissen, unsere Zölle und indirekten Steuern, die auf diesem Gebiete die Haupteinnahmen ergeben, um die Ausgaben decken zu können — und was das bedeutet, werden wir noch sehen. Abgesehen von den Beunruhigungen und dem Mißbehagen, die die militärisch-politischen Zustände unter der Bevölkerung in steigendem Maße erzeugen, sind nun unsere allgemeinen sozialen und wirthschaftlichen Verhältnisse im Augenblick darnach angethan, daß eine immer größere Mißstimmung und Beunruhigung in den weitesten Kreisen erzeugt wird.

Als Sie seinerzeit dem Schutzzollsystem zur Herrschaft verhalfen — ich gehe nicht so weit, zu sagen, daß das ein Bismarck'sches System sei; Fürst Bismarck war allerdings der Leiter und Förderer und Fürsprecher dieses Systems, aber ohne die Zustimmung der Majorität des Reichstags hätte er es nicht durchsetzen können, und Alles, was Fürst Bismarck erreicht hat, hat er durch die Majorität erreicht; und wenn also eine Verantwortung dafür zu tragen ist, dann hat sie nicht Fürst Bismarck allein zu tragen, sondern auch die Majorität der verschiedenen Reichstage, die ihm zustimmten, und zwar bis auf den letzten Mann dieser Majoritäten — ich wiederhole also: als Sie dem Schutzzollsystem zur Herrschaft verhalfen, sollte dasselbe in erster Linie den Zweck

haben, eine ökonomische Depression*), wie sie bereits im Jahre 1879/80, und zwar seit 1874 in steigendem Maße, bei uns existirte, zu heben und künftig ähnliche Depressionen zu verhüten. Es ist Ihnen schon damals von unserer wie von anderer Seite gesagt worden, daß Sie das mit dem Schutzzollsystem nicht erreichten, weder vermöge des Schutzzoll- noch des Freihandelssystems diese wechselnden Perioden des wirthschaftlichen Aufschwunges und der wirthschaftlichen Depression zu verhindern; diese Perioden seien eine Erscheinung, die der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümlich sei, die in dem Maße in immer rascherer Weise sich ablösten, wie die kapitalistische Produktionsform innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft an Bedeutung zunehme und damit die Massenproduktion von Waaren wachse. Wir sagten Ihnen damals, daß die zu jener Zeit vorhandene Krise ebenso gut das freihändlerische England wie das nichtfreihändlerische Deutschland oder das schutzzöllnerische Amerika träfen — es half aber nichts. Wir haben also nunmehr 12 Jahre das Schutzzollsystem gehabt — und was ist vorhanden? Auf den verschiedensten Gebieten der Industrie, des Handels und Verkehrs hat die Krise eine Höhe erreicht, wie sie kaum jemals dagewesen ist! Meine Herren, daß also das Schutzzollsystem nicht im Stande war, die wirthschaftliche Depression, wie wir sie gegenwärtig haben, zu verhindern, das wird wohl Niemand mehr von Ihnen heute bestreiten. Diese wirthschaftliche Depression ist bereits seit nahezu zwei Jahren im Gange, sie ist seit dieser Zeit in steigendem Maße gewachsen, sie hat in diesem Augenblick schon eine bedeutende Höhe erreicht und sie wird weiter steigen, weil weder zunächst in absehbarer Zeit eine Aussicht vorliegt, daß die enormen Waarenmassen, welche gerade infolge der unter dem Schutzzollsystem riesig gesteigerten Massenproduktion erzeugt worden sind, Absatz finden, weder sind wir in der Lage, irgendwo in der Welt neue Absatzgebiete ausfindig zu machen, in denen wir unsere Waarenvorräthe absetzen können, noch besteht die Möglichkeit, dieselben auf dem inneren Markt in befriedigender Weise abzusetzen. Einmal ist die Bevölkerungszunahme im Verhältnisse zu der gesteigerten Waarenproduktion eine zu geringe, dann ist es ja auch das Merkmal jeder Krise und ihre Folge, daß die Kaufkraft der Massen innerhalb dieser

---

*) wirthschaftlicher Niedergang.

niedergehenden Periode stetig abnimmt und so der Waarenabsatz immer mehr beschränkt wird. Es muß also mit der längeren Dauer der Krise auch eine Verschlimmerung der allgemeinen Lage der Bevölkerung eintreten. Ist also keine Aussicht vorhanden und sind keine Faktoren thätig, die einer Krise durch gesteigerten Waarenabsatz ein Ende bereiten, so wird der unbehagliche Zustand, die Noth, das Elend, die Gedrücktheit in den weitesten Kreisen immer mehr wachsen und zunehmen. Meine Herren, das ist heute der Fall. Die Bankerottstatistik über die ersten 10 Monate dieses Jahres zeigt so große Ziffern, wie sie Deutschland nie gekannt hat. Schon das letzte Jahr war ein sehr schlechtes; im letzten Jahr betrug die Zahl der Bankerotte in Deutschland innerhalb der 10 ersten Monate rund 4800; sie ist in demselben Zeitraum dieses Jahres auf 5800, um volle tausend, gestiegen! Das ist eine Erscheinung, die nicht blos in Deutschland, sondern auch in einem andern hochschutzzöllnerischen Lande, in Nordamerika zu Tage tritt. In Nordamerika zeigen in derselben Zeit die Bankerotte eine so hohe Zahl wie in den ganzen achtziger Jahren nicht. Die Zahl der Bankerotte in den Vereinigten Staaten ist innerhalb der ersten zehn Monate dieses Jahres auf 8866 gestiegen.

Die Lage unserer Industriebevölkerung ist also sowohl für einen Theil der Unternehmerklasse, wie insbesondere für die Arbeiterklasse, und ganz besonders für den kleinen Handwerker und den kleinen Bauernstand eine außerordentlich gedrückte und nothleidende geworden, ohne jede Aussicht auf Besserung. Die Arbeiterklasse leidet seit geraumer Zeit daran, daß überall ein Ueberangebot von Händen vorhanden ist, daß sich überall mehr Arbeitskräfte anbieten, als gebraucht werden. Die Folge ist, daß überall die Löhne sinken. Aber das besondere Verhängniß ist, daß mit einer Periode mit geringerem Verdienst eine Periode ungemein hoher Lebensmittelpreise sich eingestellt hat, sie können also ihre Bedürfnisse in weit geringerem Maße decken als früher. Aber wir erleben auch — und das wirft auf die Sozialpolitik der Regierungen ein ganz eigenthümliches Licht —, daß in dem Augenblick, wo eine bestimmte Arbeiterbranche den Versuch macht, ihre soziale Lage auf dem Wege der Arbeitseinstellung, und zwar ausgeübt in legalster Form, also nicht durch Kontraktbruch, zur Geltung zu bringen, ein Theil der Regierungen es mit ihrer Stellung der Arbeiterklasse gegenüber

glaubt vereinigen zu können, daß sie Soldaten hergeben, um die streikenden Arbeiter aus ihrem Brot zu verdrängen. Sie helfen also nach Möglichkeit, daß in diesem Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer die Arbeiter unterliegen. Sie werden wissen, daß ich den jetzt im Gange befindlichen Buchdruckerstreik im Auge habe, bei dem in Dresden und in München unter dem Vorgeben, daß dringende Landtagsarbeiten nothwendig seien, durch die betreffenden Ministerien Soldaten zur Verfügung gestellt werden, obgleich der ganze Streit ein reiner Privatstreit ist zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Unternehmer brauchten nur die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, so könnten sie leisten, was der Staat verlangt. In dieser einseitigen Weise darf der Staat unter keinen Umständen eingreifen, und thut er es dennoch, so ist das eine Parteilichkeit, die auf das Schärfste verurtheilt werden muß. Es wird damit auf's Deutlichste bewiesen, was die ganze Sozialreformerei, die seit 10 Jahren fortwährend im Munde geführt wird, auf sich hat.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wir sehen weiter, wie dieser Zustand ökonomischer Depression nach verschiedenen Richtungen hin sich geltend macht und Erscheinungen zu Tage treten, die auch in Ihren Kreisen die größte Beunruhigung hervorgerufen haben. Ich erinnere nur an die Skandalbankerotte, deren Schauplatz insbesondere Berlin geworden ist. Sitzen doch im gegenwärtigen Augenblick hinter den schwedischen Gardinen in Moabit nicht weniger als acht Berliner Bankiers, und im Deutschen Reich noch eine ganze Anzahl andere!

(Heiterkeit. Hört!)

Weiter erinnere ich an die Skandalprozesse der letzten Zeit, um die dabei zu Tage getretene Beamtenkorruption*), welche zum Theil in den höchsten Kreisen als vorhanden sich zeigt, — kurz, an all die zahlreichen Erscheinungen des Verfalls auf dem moralischen Gebiet, die deutlich beweisen, daß die gegenwärtige Gesellschaft sich in der Abwirthschaftung befindet, daß sie allmälig einem Zustande der Fäulniß verfallen ist

(oh! oh!)

der stark an die Zeit des Verfalles des römischen Reiches erinnert und an die Zustände unmittelbar vor der fran-

---

*) Beamtenverderbniß.

zösischen Revolution, wie auch richtig das „Deutsche Wochenblatt“ in seinem gestern hier angezogenen Artikel hervorgehoben hat.

Ja, meine Herren, alle diese Erscheinungen geben zu denken; sie zeigen, daß es in Bezug auf die Moralität innerhalb der herrschenden Klassen außerordentlich bedenklich und traurig aussieht; sie zeigen ferner, daß in Bezug auf das Mein und Dein in den hohen gesellschaftlichen Kreisen sich Begriffe eingebürgert haben, die mit dem Bestande der bürgerlichen Gesellschaft auf die Dauer unvereinbar sind. Es sind Erscheinungen solcher Art, daß Sie sich heute selbst überall fragen: wie soll diesen Uebeln gesteuert werden, wie sollen wir dem entgegentreten?

Angesichts dieser Zustände steht die Regierung da und weiß nicht, was sie thun soll. Ich gebe zu, daß die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers, die er kürzlich — ich weiß nicht mehr bei welcher Gelegenheit — machte, daß die Regierung nicht in der Lage sei, auf die ökonomische Gestaltung der Dinge irgend welchen maßgebenden Einfluß zu üben, berechtigt waren. Das kann sie allerdings nicht. Die bürgerliche Gesellschaft hat ihre Regierungen nicht zu dem Zweck eingesetzt, daß sich dieselben in die Privatangelegenheiten, die wirthschaftlichen Angelegenheiten des Einzelnen einmischen sollen. Sie sollen im Gegentheil denselben möglichst fern bleiben, und es ist ein wesentliches Moment in dem Kampfe, der hier im Parlament zwischen den einzelnen Parteien geführt wird, daß die Regierungen nicht den Versuch machen sollen, sich in die Gestaltung der ökonomischen Verhältnisse zwischen der Arbeiterklasse und Unternehmerklasse einzumischen. Daß also die Regierung unter den heutigen Verhältnissen kein Machtmittel hat, im Allgemeinen und von Grund aus Besserungen auf dem ökonomischen Gebiete herbeizuführen, gebe ich unbedingt zu; aber bis zu einem gewissen Grade hat sie dennoch solche Machtmittel und besitzt die Möglichkeit, wenigstens mildernd auf die allgemeine Noth einzuwirken. Das trifft insbesondere zu auf dem Gebiet der Lebenshaltung, der Lebensmittel, der Einwirkung auf die Preise der nothwendigsten Lebensmittel insofern diese durch Staatsmaßregeln vertheuert werden. Sie haben durch die Zollpolitik den Preis unserer nothwendigsten Lebensmittel ganz bedeutend in die Höhe geschraubt. Es ist gestern wieder, als der Abgeordnete Rickert hier ausführte, daß die Höhe

des Zolls in dem höheren Preise des Getreides zum Ausdruck käme, darüber gestritten worden; man hat dies auf das Entschiedenste bestritten, obgleich er durch Zahlen und Beispiele, die meiner Ueberzeugung nach unwiderleglich sind, nachgewiesen, daß dem doch so ist.

Nun, es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß der Grund, der diese Zollpolitik herbeiführte, war, daß es galt, gegenüber dem außerordentlich gesunkenen Preise des Getreides durch Einführung des Schutzzolls den Preis desselben nach Möglichkeit zu erhöhen. Nun wird Niemand von uns behaupten können, daß der außerordentlich hohe Preisstand des Getreides gegenwärtig nur dem Schutzzoll zu verdanken sei. Nein, er ist selbstverständlich in erster Linie der Mißernte zuzuschreiben und den Folgen, die diese Mißernte brachte. Er ist weiter verschärft worden dadurch, daß gerade dasjenige Land, auf das wir in Deutschland mit unserer Roggenversorgung hauptsächlich angewiesen sind, Rußland, eine außerordentlich ungünstige Ernte hatte, so daß es sogar die Ausfuhr von Roggen und einer ganzen Reihe anderer Getreidearten verboten hat. Daß dies auf die Preisbildung bei uns wirken muß, ist klar. Aber daß der Roggenzoll von 50 Mark, wie er gegenwärtig erhoben wird, prozentual den Preis gesteigert hat, unterliegt gar keinem Zweifel; und hier wäre es Pflicht der Regierung gewesen, die Passivität, die sie in dieser Frage bis heute beobachtet hat, aufzugeben und dafür zu sorgen, daß dem arbeitslosen, hungernden Volke wenigstens einigermaßen billiges Brot geschaffen wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Soweit die Möglichkeit bei ihr lag, war sie verpflichtet, einzugreifen. Es ist mir unbegreiflich, wie bei der wirthschaftlichen Depression, in der wir uns befinden, und wo schon aus diesem Grunde allein die Verdienstlosigkeit großer Schichten des Volkes eine Thatsache ist, die Regierung hartnäckig sich weigert, das Geringste zu thun, damit wenigstens die ungeheuere Preissteigerung der nothwendigsten Lebensmittel einigermaßen gemildert werde. Die russische Regierung — man mag über dieselbe sonst denken, wie man will — hat, indem sie die Ausfuhr von Roggen, Weizen, Mais, Gerste usw. verbot, jedenfalls damit beabsichtigt, der eigenen Bevölkerung eine Wohlthat zu erweisen. Ob es die geeignete Maßregel war, lasse ich dahin-

gestellt; aber daß man zu diesem Mittel griff, geschah aus keinen anderen Motiven, als die eigene Bevölkerung nach Möglichkeit ernährungsfähig zu erhalten. Die französische Regierung hat, sobald die Theuerung im Anzuge war, ihrerseits eine Maßregel ergriffen und hat die Zölle um die Hälfte gegen den früheren Bestand ermäßigt. Und, meine Herren, auch hier ist ein Beweis geliefert, wie der Zoll wirkt. Sehen Sie sich einmal die Notirungen der Pariser Getreidebörse und die der Berliner Börse an, so werden Sie finden, daß bis auf eine Differenz von wenigen Mark, die aber sehr leicht durch die verschiedenen Frachtverhältnisse sich erklären, die Preisermäßigung in Paris für Weizen fast genau der Zolldifferenz entspricht, die zwischen Frankreich und Deutschland besteht. Also auch hier ist der Beweis geführt, wie der Zoll wirkt.

Es kommt noch Eins hinzu. Es ist gestern schon darauf hingewiesen, wie bei der letzten Zollerhöhung von Roggen und Weizen von 3 auf 5 Mark es der freikonservative Abgeordnete Delbrück war, der den Versuch machte, in das Zollgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, daß von dem Augenblick ab, wo mehr als 60 Tage lang an der Berliner Börse der Roggenpreis über 180 Mark stehe, eine Zollermäßigung auf den alten Satz, wie er vor 1887 bestand, eintreten solle, und daß damals der preußische Minister für Landwirthschaft, Freiherr von Lucius, erklärte, daß das selbstverständlich sei. Nun ist der Preis, den Herr Delbrück im Auge hatte, weit überschritten. Wir haben gegenwärtig einen Preisstand für Roggen von rund 240 Mark. Wenn der ganze Zoll aufgehoben würde, so wäre das Eine sicher, daß um mehr als um den Zoll der Getreidepreis gewiß nicht sinken könnte; aber dann würde der Preis immerhin noch auf ungefähr 190 Mark stehen, es würde der Roggenpreis also durchschnittlich noch 10 Mark höher sein, als der Preis war, den der Abgeordnete Delbrück in Aussicht nahm als Fall, daß eine Zollermäßigung eintreten müßte. Ein Preis von 190 Mark für Roggen ist aber ein so hoher, daß auch der am schlechtesten wirthschaftende Landwirth dabei sehr gut bestehen kann. Hätten die Landwirthe zu jener Zeit, als die Zollerhöhung in Frage stand, mit Preisen von 180 und 190 Mark zu rechnen gehabt, es hätte keinem Menschen einfallen dürfen, Getreidezölle zu fordern. Sie haben aber damals die Getreidezölle gefordert, weil die

Preise weit unter diesem Satze standen, weil diese beinahe bis auf 100 Mark und theilweise darunter herabgegangen waren. Ich meine also, bei Abschaffung des ganzen Zolles würde der Getreidepreis noch ein unverhältnißmäßig hoher sein, würden auch die Brotpreise noch unverhältnißmäßig hohe sein; aber es würden dann wenigstens die herrschenden Klassen und die Regierungen nicht das Odium*) auf sich laden, daß sie absichtlich die Getreidepreise hoch halten, indem sie künstlich dieselben durch hohe Zölle vertheuern.

Wir sehen auch die Nothlage nicht allein in Rücksicht der hohen Getreidepreise und des daraus folgenden Brotpreises zu Tage treten, sondern auch in der Thatsache, daß in allen größeren Städten, wo Schlachthöfe bestehen und eine genaue Kontrole des Schlachtviehs vorhanden ist, seit Jahr und Tag der Fleischverbrauch ganz bedeutend abgenommen hat. Alle Fleischarten ohne Unterschied sind im Verbrauch herabgegangen, nur eine einzige nicht, Pferdefleisch, das billigste Fleisch, welches der Proletarier erst dann nimmt, wenn er ein anderes Fleisch bei seinen Mitteln nicht erschwingen kann. Pferdefleisch ist sogar im Konsum erheblich gestiegen, das ist ein sehr bemerkenswerthes Zeichen der Situation.

Nun kommt man neuerdings und sagt, daß die bloße Thatsache, daß die Regierung sich herbeigelassen habe, das amerikanische Schweinefleisch-Einfuhrverbot aufzuheben, schon einen unheilvollen Einfluß herbeigeführt habe, indem gegenwärtig die jungen Schweine kaum zu verkaufen seien; so gering seien die Preise. Meine Herren, übersehen Sie doch dabei Einiges nicht. Die Schweine- und Fleischeinfuhr aus Amerika ist an diesem Preisstand vollkommen unschuldig

(Widerspruch rechts);

das sollten Sie als Landwirthe genau wissen. Was schuld ist, ist zweierlei: erstens der ungeheure Preis des Getreides, der so hoch steht, daß das Getreide als Viehfutter nicht verwendet werden kann, weil dies unrentabel wäre; zweitens ist schuld die große Mißernte in Kartoffeln, so daß auch die Kartoffel nicht als Viehfutter verwendet werden kann. Und weil in Folge der hohen Getreidepreise und der Kartoffeltheuerung die kleinen Leute weder Getreide noch Kartoffeln kaufen können, am allerwenigsten, um damit Vieh zu füttern,

*) Gehässige Meinung.

tritt ein Massenverkauf der jungen Schweine ein und dadurch der Preisdruck, der im weiteren Verlauf, wenn die Auffütterung und Mästung der Schweine in den nächsten Monaten nachläßt, eine weitere wesentliche Vertheuerung des Schweinefleisches herbeiführen wird trotz der Aufhebung des Fleischeinfuhrverbotes aus Nordamerika.

Ich hätte gewünscht, daß gestern der Herr Reichskanzler — er hatte wahrhaftig nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Rickert Gelegenheit genug gehabt, auch auf diesen Punkt zu kommen — sich darauf eingelassen hätte, wie die Reichsregierung fernerweit zu der Beseitigung der Getreidezölle steht. Er hat nur mit wenigen Worten auf den deutsch-österreichischen Handelsvertrag und auf die Handelsverträge überhaupt hingewiesen. Nun, wie bekannt, wird der deutsch-österreichische Handelsvertrag eine Ermäßigung des Getreidezolles mit sich bringen; wir werden künftig, wenn derselbe in's Leben tritt, statt 50 Mark nur 35 Mark Zoll zu bezahlen haben. Unzweifelhaft wird diese Differenz auch im Preis zum Ausdruck kommen.

Wir haben aber weiter gestern aus dem Munde des Herrn Staatssekretärs im Reichsschatzamt, glaube ich, gehört, daß in Perioden, wo solche Veränderungen des Zolltarifs in Aussicht stehen, die Erscheinung auftritt, daß alsdann die Spekulation sich möglichst scheut, zu dem alten höheren Preis Akquisitionen*) zu machen, weil sie Gefahr läuft, dieselben später zu billigeren Preiseu hergeben zu müssen. Das ist das weitere Uebel, unter dem wir zu leiden haben. Statt daß jetzt möglichst rasch mit einer vollständigen Beseitigung der Getreidezölle, zum allermindesten mit einer bedeutenden Ermäßigung vorgegangen wird, ehe die Spekulation Zeit hat, sich groß zu besinnen, wird jetzt die Folge eintreten, daß, weil die Spekulation weiß, daß im Lauf des nächsten Frühjahrs von einem bestimmten Tage ab der Handelsvertrag mit Oesterreich in Kraft tritt, sie mit ihren Käufen von Getreide möglichst zurückhält. In Folge dessen wird weiter ein Mangel an Getreide bei uns eintreten; es wird also die nächste Folge eine abermalige Preissteigerung sein und damit auch eine weitere Schädigung der Massen.

Diese Zollpolitik ist also in hohem Grade eine der Ursachen der Theuerung und verschlimmert den traurigen Zustand unserer Bevölkerung.

---

*) Erwerbungen.

Meine Herren, ich meine, wo solche Verhältnisse vorliegen, hat man wahrhaftig nicht mehr Ursache, von Hetzern zu sprechen; die vorhandenen Verhältnisse wirken so aufhetzend, daß es nicht mehr nöthig ist, noch extra Material herbeizuschaffen. Den traurigen Zustand der Verhältnisse bekommt jeder Einzelne in seiner täglichen Lebenslage zu spüren; er wirkt höchst nachtheilig auf unsere ganzen sozialen Verhältnisse ein, andererseits aber auch so aufreizend, daß es einer besonderen Agitation erst gar nicht bedarf.

Aber ein solcher Zustand muß im weiteren Verlauf seiner Dauer auch nach anderen Richtungen hin in bedenklicher Weise auf die Bevölkerung wirken. Mangel an Ernährung, wie sie gegenwärtig unzweifelhaft für Hunderttausende, ja Millionen Menschen im Deutschen Reiche vorhanden ist, muß von besonderer Wirkung sein auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Eine Weile hat man auch in Berlin versucht, den vorhandenen Nothstand zu leugnen; man hat ihn aber jetzt anerkannt. Die städtische Kommune hat eine ganze Menge von Maßregeln ergriffen, um dem Nothstande möglichst entgegenzutreten. In ähnlicher Weise ist eine Reihe anderer Städte vorgegangen, und gerade in den Gegenden und Bezirken, in welchen die Lebensmitteltheuerung und Arbeitsnoth am schlimmsten wirkt, wird am wenigsten geschehen. Die armen über und über verschuldeten Kommunen sind eben nicht in der Lage, irgend welche Nothstandsmaßregeln ergreifen zu können; dort also ist die arme Bevölkerung am schlimmsten daran, sie kann auf irgend welche Hülfe nicht rechnen. Die Folge also ist hochgradiger Mangel an Ernährung; aber Mangel an Ernährung bedeutet Vermehrung der Krankheiten, und das bedeutet wieder eine größere Sterblichkeit. Auf der anderen Seite wird eine weit geringere Zahl der Eheschließungen und eine weit geringere Zahl der Geburten die Folge sein. So kommt eines aus dem anderen und nicht zuletzt eine Steigerung der Vergehen und Verbrechen wider das Eigenthum usw.; der ganze Moralzustand der Bevölkerung wird in solchen Zeiten hochgradig verschlechtert.

Meine Herren, das ist das Fazit, zu dem wir schließlich in Deutschland gekommen sind. Wir haben wahrhaftig keine Ursache, uns der Schwarzmalerei zu befleißigen. Die Dinge an sich sind traurig genug. Die bürgerliche Gesellschaft macht mir den Eindruck eines stolzen Hauses, das auf

einem Sumpf gebaut ist, aber langsam in diesen Sumpf versinkt.

(Widerspruch.)

Aber das Gute ist, daß, indem die bürgerliche Gesellschaft in diesem Sumpf versinkt

(Lachen rechts und im Zentrum),

sie zugleich den festen Boden abgiebt für den Neubau einer anderen besseren Gesellschaft, für die das Bedürfniß kommen wird und kommen muß in dem Maße, wie diese Zustände trauriger und unerträglicher für die Gesammtheit der Bevölkerung werden. Wir haben uns über die Zukunft den Kopf nicht zu zerbrechen; aber Sie haben alle Ursache dazu. Fahren Sie nur auf die bisherige Weise fort, und wir sind zufrieden. Wer erntet, das ist die Sozialdemokratie.

(Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.)

Vizepräsident Graf von Ballestrem: Der Herr Abgeordnete Bebel hat in seinen Ausführungen, die ich im Augenblick nicht in der Lage war, sogleich präzis aufzufassen, nach dem stenographischen Bericht gesagt:

> Meine Herren, Keiner hat mehr als der Fürst Bismarck seiner Zeit seine Stellung dazu benutzt, um seine politischen Gegner zu verdächtigen und herabzusetzen, und dieses Handwerk scheint er allerdings auch gegenwärtig in seiner Inaktivität noch weiter fortzusetzen.

Diese Aeußerung ist unzulässig gegen ein Mitglied dieses Hauses, und ich rufe deshalb den Herrn Abgeordneten Bebel zur Ordnung.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Bebel.

Abgeordneter Bebel: Herr Präsident, ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, daß Fürst Bismarck als Mitglied des Hauses noch nicht eingetreten ist.

(Sehr richtig! links.)

Vizepräsident Graf von Ballestrem: Das hat mit der Sache nichts zu thun; ich halte den Ordnungsruf aufrecht.

Druck:
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

